

Jens Siegert

Die Pipeline, der Protest und der Präsident

Ein sibirisches Lehrstück über das System Putin

Rußland plant eine Ölpipeline aus Ostsibirien an die Pazifikküste, die in unmittelbarer Nähe des Baikalsees verlaufen soll. Gegen dieses Projekt erhebt sich seit einigen Jahren Widerstand. Nun hat Präsident Putin in einer telegen inszenierten Entscheidung die Trasse verlegt. Dies zeugt allerdings nicht von einer demokratischen Trendwende in Rußland. Vielmehr ist das Eingreifen Putins ein Lehrstück über ein politisches System, in dem sich Staat und Gesellschaft unversöhnlich gegenüberstehen und der Präsident als „guter Zar“ seine Legitimität daraus zieht, daß er fernsehöffentlich hohe Staatsfunktionäre oder Wirtschaftsführer abkanzelt.

Die Route der geplanten Erdölpipeline aus Ostsibirien an die Küste des Pazifischen Ozeans wird verlegt. Sie wird nicht in unmittelbarer am Nordufer des Baikalsees vorbeilaufen. Dies verkündete im April 2006 der rußländische Präsident Vladimir Putin im April. Die telegen inszenierte Entscheidung wurde sowohl in Rußland als auch im Ausland als ein außergewöhnliches Ereignis aufgenommen. Im immer dichter und stacheliger werdenden autoritativen Gestrüpp des politischen Regimes schien sich unerwartet eine Lücke aufzutun und sich eine Trendwende anzukündigen: Zuvor hatte Präsident Putin langsam aber stetig wahrgemacht, was er direkt nach seinem Amtsantritt 1999 **angekündigt hatte: Er hat** die „Machtvertikale“ gestärkt **und** Schritt für Schritt Beteiligungsrechte und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger abgebaut. **Davon profitiert** eine kleine Machtelite rund um den Präsidenten. Lilija Ševcova, gegenwärtig vielleicht die scharfsinnigste **Beobachterin** der rußländischen Innenpolitik, **nennt** Rußland **einen** autoritären Staat und fürchtet, die Eigendynamik des Systems Putin mache das Abgleiten „Rußlands in einen Gesellschaftszerfall oder eine Diktatur“ sehr wahrscheinlich.¹ Andere charakterisieren das Putinsche Regime als einen „autoritativen Korporatismus“, in dem wenige Machtgruppen innerhalb der Elite um politischen Einfluß und materielle Ressourcen konkurrieren.²

Jens Siegert (1960), Politikwissenschaftler, Journalist, Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau

¹ Lilija Ševcova: Garantiert ohne Garantie. Rußland unter Putin, in: OSTEUROPA 3/2006, S. 3–18, hier S. 3.

² Hans-Henning Schröder: Akzeptanz, Protest, Legitimität? Die russische Gesellschaft und das System Putin, in: Russlandanalysen 84, 9.12.2005, S. 2, <www.russlandanalysen.de>.

Doch der Eindruck einer Trendwende täuscht. Es gibt zwar tatsächlich eine Lücke im Gestrüpp. Sie hat sich aber nicht plötzlich und unerwartet aufgetan. Schon die Proteste gegen die Sozialreformen Anfang 2005 oder die Proteste gegen die Verschärfung der NGO-Gesetzgebung Ende des gleichen Jahres haben gezeigt, daß die rußländische Staatsführung durch massive Proteste im Inland und auch aus dem Ausland sehr wohl zu beeinflussen ist. In beiden Fällen hat sie Rückzieher gemacht und wesentliche Teile ihrer Vorhaben nicht realisiert. Das heißt aber nicht, daß sich die grundsätzliche **Tendenz zu immer** autoritäreren Strukturen, die **Aushöhlung und Abschaffung** von **rechtlich** abgesicherten und **tatsächlich auch** funktionierenden Beteiligungsformen **abgeschwächt hätte**. Es bedeutet lediglich, daß es (immer) noch demokratische Einwirkungsmöglichkeiten gibt.

Das System Putin ist **bislang** elastisch **genug**, um auf politische Herausforderungen und Krisen, die seine Stabilität und damit die Macht der herrschenden Gruppe in Frage stellen könnten, ausgleichend zu reagieren. **Die herrschende Elite** unterliegt in den meisten Fällen **noch nicht der Versuchung, unpopuläre Entscheidungen mit Gewalt durchzusetzen. Die Machtelite duldet** bisher also durchaus bisweilen **die öffentliche Äußerung von Unzufriedenheit** – solange **sie dies nicht** als **unmittelbare Bedrohung ihrer Macht** ansieht.³ Dies war etwa **in der causa Chodorkovskij der Fall** gewesen.

Im speziellen Fall der Baikalpipeline gibt es eine längere Vorgeschichte, die in der nicht direkt beteiligten Öffentlichkeit außerhalb der Baikal-Region – Moskau und der europäische Teil Rußlands eingeschlossen – kaum zur Kenntnis genommen worden ist. Putin ist nicht wie ein *deus ex machina* auf der politischen Bühne aufgetaucht, um im entscheidenden Moment die verfahrenere Situation zu retten. Seine Administration war schon lange vorher an der Sache beteiligt. Wie in anderen Fällen moderierte Putin auch diesmal eher zwischen unterschiedlichen Interessen in der Machtelite, trat eher als Schiedsrichter, denn als Machthaber auf, der alles bestimmt und überall die Fäden zieht.

Dies zeigt sich, wenn man die Geschichte des Pipeline-Projekts von der Planung über den Protest gegen die Trassenführung bis zur öffentlich inszenierten Entscheidung Putins verfolgt, die gleichzeitig eine Erniedrigung seiner Untergebenen und eine Selbsterhöhung des Präsidenten war

Die Pläne

Die Idee, eine Ölpipeline Richtung Pazifischer Ozean und China zu bauen, ist nicht neu. Ebenso wie die europäischen Abnehmer rußländischen Erdöls und Erdgases sich über eine einseitige Abhängigkeit von Rußland Sorgen machen, möchte auch Rußland mehrere Abnehmer haben und so u.a. höhere Preise erzielen. Nach Berechnungen des rußländischen Ministeriums für Wirtschaftliche Entwicklung und Handel (Ministerstvo ekonomičeskogo razvitija i trgovli, MĚRT) führt die Abhängigkeit Rußlands von europäischen Abnehmern in den Jahren 2004 bis 2008 zu jährlichen

³ Ševcova, Garantiert ohne Garantie [Fn. 1], S. 16.

Einnahmeverlusten von fünf bis acht Milliarden US-Dollar.⁴ Eine Diversifizierung der Transportwege wird also von staatlicher Seite als ökonomisch vernünftig dargestellt. Allerdings sind diese Berechnungen mit Vorsicht zu betrachten. Die Vermutung, sie könnten so angesetzt sein, daß sie den Pipelinebau gerechtfertigen ist zumindest nicht schlankweg von der Hand zu weisen. Ob also Baukosten, Betriebskosten, die Unsicherheiten über den tatsächlichen chinesischen Bedarf, der zukünftige Ölpreis und die – rentabel erschließbaren – russischen Erdölvorkommen in realistischer Weise in die Berechnungen eingegangen sind, ist nicht unumstritten.⁵ Wichtiger bei der Entscheidung, eine Erdölpipeline nach Osten zu bauen, dürften daher geostrategische Argumente gewesen sein. Rußland kann das von Präsident Putin erklärte Ziel, eine „Energiegroßmacht“ zu werden, nur mittels einer Diversifizierung der Abnehmer erreichen. Angesichts absehbar hoher Preise für fossile Energieträger auf dem Weltmarkt und aller Voraussicht nach sinkendem Angebot, erhielt Rußland ein wirksames Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen, wenn es über eine entsprechende Transportinfrastruktur verfügen würde und sich in gewissem Maße für den einen oder eben einen anderen Abnehmer zu entscheiden. Aus dieser Sicht ist eine Erdölpipeline aus Ostsibirien an den Pazifik und nach China ein unabdingbares Element der Vervollständigung des rußländischen Erdölpipelinennetzes.

In den 1990er Jahren gab es keine **durchsetzungsstarke staatliche** Ölexportpolitik in Rußland. **Zahlreiche kleine und einige große** Konzerne waren **im Erdölsektor** tätig. Das Pipelinennetz wurde allerdings in dem Konzern *Transneft*’ zusammengefaßt, der zu 100 Prozent in Staatsbesitz ist. Der Staat war jedoch in den 1990er Jahren finanziell nicht in der Lage, Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden US-Dollar zu tätigen, **wie sie für** eine mehrere Tausend Kilometer lange Pipeline **notwendig sind**. Das änderte sich erst nach der **Rubelkrise** von 1998, nach der einige Ölkonzerne entstanden, die mit westlichen Ölkonzernen konkurrieren konnten.

Bereits im Sommer 2001 stellte *Transneft*’ das erste Projekt einer Erdölpipeline in die Asiatisch-Pazifische Region vor⁶. Die Pipeline sollte von Angarsk nach Nachodka am Pazifischen Ozean führen. Etwa zur gleichen Zeit erklärte der Erdölkonzern *Jukos*, er wolle ebenfalls von Angarsk eine Pipeline nach Osten bauen, die aber im chinesischen **Daqing enden sollte**.⁷ Beide Projekte sahen vor, **daß die Trasse das Südende** des Baikalsees **passieren sollte**. Im Frühjahr 2002 erklärt der Vizepräsident von *Transneft*’, Sergej Grigor’ev, erst wenn die technischen und wirtschaftlichen

⁴ Maria Belova, Ekaterina Melnikova: Truba nalevo, truba napravo, in: Političeskij žurnal, 14. 2. 2005, –<www.fief.ru/index.php?id=47&rzd=20>.

⁵ Ich beziehe mich hier auf einen Vortrag von Roland Götz, gehalten am 2. Februar 2006 auf der „Konferenz „Russland und die erweiterte Europäische Union - neue Perspektive der gegenseitigen Beziehung?“ der Heinrich Böll Stiftung in Warschau, auf: CD-Rom mit Konferenzdokumentation.

⁶ Die vollständigsten Sammlungen von Informationen über die Auseinandersetzungen um den Pipelinebau in Ostsibirien und im Fernen Osten finden sich im „Dajdzest po istorii proekta nefteprovoda „Vostočnaja Sibir’-Tichij okean“, <www.ar-video.xost.ru/History_of_pipe.htm>, auf der von der „Baikaler Bewegung“ in einem regionalen Irkustker Internetportal eingerichteten Website <baikal.babr.ru> und auf der Website der Internationalen Sozial-Ökologischen Union <<http://www.seu.ru/projects/truba/>>.

⁷ **Siehe hierzu die Karte in diesem Heft xxx [Red.]**

Machbarkeitsstudien vorlägen, werde es eine Entscheidung zwischen diesen beiden Varianten geben.⁸

Bald begann sich Widerstand gegen diese Projekte zu regen. Der Protest von ökologischen Gruppen und regionaler Bevölkerung richtete sich vor allem gegen die Trassenführung, insbesondere gegen die von *Jukos* geplante Route. **Zwar initiierten ihn ökologische Gruppen wie die *Bajkalskaja ekologičeskaja volna* (Ökologische Baikalwelle)⁹, die einen Pipelinebau Richtung Pazifik grundsätzlich ablehnen**, doch waren diese klug genug zu erkennen, daß eine ausreichend große Koalition nur zustande kommen würde, wenn sie nur eine Verlegung der Trasse möglichst weit weg vom Ufer **des größten Süßwasserreservoirs der Erde** sein würde. **So forderten auch Dumaabgeordnete wie der aus Irkutsk stammende Konstantin Zajcev**, die Pipeline solle erst gebaut werden, wenn den Forderungen der Ökologen genüge getan worden sei.¹⁰ Hauptkritikpunkt war der Verlauf durch das Tunkinsker Tal, der westlichen Verlängerung des Grabenbruchs, **in dem der Baikalsee liegt**. Das Tunkinsker Tal ist ein Naturpark und liegt zudem in einer stark erdbebengefährdeten Zone. Der Bau von Pipelines in Naturparks ist in Rußland gesetzlich verboten.¹¹ Entsprechend versuchte *Jukos*, eine Gesetzesänderung zu initiieren, durch die der Naturpark verkleinert und eine Trassenführung durch das Tunkinsker Tal ermöglicht **worden wäre**.¹² Im Herbst 2002 begannen, von *Jukos* in Zusammenarbeit mit der Irkutsker Gebietsverwaltung initiiert, gesetzlich vorgesehene öffentliche Anhörungen in den Regionen, durch die die Pipeline hätte führen sollen. Ökologische NGOs, wie die **den** Protest anführende *Bajkalskaja ekologičeskaja volna* (Ökologische Baikalwelle), **klagten** darüber, daß *Jukos* – und später aus *Transneft'* – nicht ausreichend Informationen über den Pipelinebau zur Verfügung stellten. Die Anhörungen seien deshalb ein Farce **gewesen**.¹³

Doch nicht nur die von *Jukos* geplante Pipeline, auch das *Transneft'*-Projekt wurde von ökologischen NGOs kritisiert. Die Trassen führten **in beiden Projekten** so nah am Baikalsee vorbei, daß im **Falle eines Austretens größerer Ölmengen aus einem Leck** unweigerlich der See betroffen gewesen wäre. **Das hohe Erdbebenrisiko in der Region hätte nach Ansicht der Pipelinegegner einen solchen Unfall die Wahrscheinlichkeit eines solchen Unfalls erheblich erhöht. Schließlich kritisierten die Aktivisten, daß die** Rechte der autochthonen **Völker** in den Gebieten, durch die die Pipeline nach beiden Projekten hätten führen sollen, sowie in

⁸ Nefteprovod Rossija-Kitaj – uže vedetsja podgotovka TĖO, <www.centerru.com/news/newsdetail.asp?id=3394>.

⁹ <www.baikalwave.eu.org>

¹⁰ Irkutskaja oblast'. Stroitel'stvo nefteprovoda „Angarsk-Dacin“ vozmožno vesti tol'ko posle udovletvorenija vsech trebovanij ekologov, <www.regnum.ru/news/58795.html>. – Die Nachrichtenagentur *Regnum* ist die einzige außerhalb der Baikalsee-Region, die von Anfang an und ausführlich über den Konflikt berichtete und die immer zugänglich für Informationen der Pipelinegegner war.

¹¹ Federal'nyj zakon "Ob obozo ochranjajemych territorijach" vom 14.3.95, Artikel 15, Punkt 2d

¹² Svetlana Kalinina: Bitva za Baikal, <www.babr.ru/?pt=news&event=v1&IDE=31420>.

¹³ Irkutskaja oblast'. V Usol'e-Sibirskom prošli slušanija po nefteprovodu „Angarsk-Dacin“, – <www.regnum.ru/news/71181.html>.

den vorgesehenen Förderregionen westlich des Baikalsees verletzt worden wären.¹⁴ Regionale NGOs, darunter an vorderster Front die *Ökologische Baikalwelle*, begannen mit Unterstützung großer Umweltnetzwerke in Moskau¹⁵ **bereits im Jahr 2001** eine Kampagne, die sich unter der **Parole** „Der Baikäl ist wertvoller als Erdöl“ (Baikal dorozhe nefiti) in erster Linie gegen die südliche, von *Jukos* initiierte Pipeline wandte.

Im November 2002 durchsuchten Mitarbeiter der Irkutsker Regionalbehörde des Föderalen Sicherheitsdienstes FSB die Räume der *Baikalwelle* und beschlagnahmten 15 von 18 Computern. Der *Baikalwelle* wurde vorgeworfen, mit den Ergebnissen einer Untersuchung zur radioaktiven Belastung der Umgebung einer Uranaufarbeitungsanlage in Angarsk zwei geheime Karten abgedruckt zu haben. Gleichzeitig leitete die Staatsanwaltschaft Strafverfahren wegen Geheimnisverrats gegen zwei Geographen des Instituts *Sosnovgeologservis* ein, die im Rahmen einer vertraglich vereinbarten Zusammenarbeit die Karten zur Verfügung gestellt hatten.¹⁶ Gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der *Baikalwelle* wurde dagegen direkt nicht ermittelt. Sie wurden lediglich zu Zeugenaussagen vorgeladen. In der regionalen und überregionalen Presse tauchten Berichte über die angebliche Spionagetätigkeit von ökologischen NGOs auf¹⁷. Auf einer Pressekonferenz in Moskau Anfang Dezember **2002** wies die *Baikalwelle* die Beschuldigungen zurück. Nachforschungen ergaben einen Zusammenhang mit den Plänen zum Pipelinebau. Ein hochrangiger Vertreter des *Rossijskij sojuz promyšlennikov i predprinimatelej* (Rußländischen Union der Industriellen und Unternehmer, RSPP) nannte es im privaten Gespräch gegenüber einem Vorstandsmitglied der *Sozial-Ökologischen Union* „wahrscheinlich“, daß der regionale FSB mit *Jukos* in Verbindung gestanden habe. Die Aktion gegen die *Baikalwelle* hätte beider Interessen gedient. Die Computer wurden der *Baikalwelle* Anfang Februar 2003 zurückgegeben. Das Verfahren gegen die beiden Geographen wurde Ende des Jahres eingestellt.¹⁸

Anfang 2003 brachte *Transneft* noch eine weitere Variante ins Spiel, diesmal aus dem ostsibirischen Tajšet, dem Anfangspunkt der Baikäl-Amur-Magistrale (BAM), nördlich am Baikälsee vorbei, ebenfalls nach Nachodka.¹⁹ Nun konkurrierten also schon drei Varianten. Im Mai wendeten sich ökologische NGOs erstmals direkt mit der Forderung an Präsident Putin und die Regierung in Moskau, die Planungen für die Erdölpipelines ernsthaft zu überprüfen und dafür Sorge zu tragen, daß die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Öffentlichkeit in vollem Umfang gewährleistet

¹⁴ Hierbei handelt es sich um Völker, die im „Jedinyj perečen' korennych maločislennych narodov Severa“ geführt, und deren traditionelle Lebens- und Wirtschaftsweise dadurch besonders geschützt ist. Siehe zur Argumentation: Obščestvennaja kampanija „Bajkal dorozhe nefity“ <<http://www.baikalwave.eu.org/Oldsitebew/baikoil.htm>>

¹⁵ Darunter der *Meždunarodnyj Social'no-Ekologičeskij Sojuz* (Internationale Sozial-Ökologische Union), <www.seu.ru>, und *Greenpeace*.

¹⁶ FSB načala „ochotu na ved'm“ v Irkutskoj oblasti <<http://com.sibpress.ru/14.12.2002/law/59283/>>.

¹⁷ Zelenye špiony podryvajut ekonomiku Priangarja, in: CM-nomer-odin, 29.11.2002

¹⁸ Presseerklärung der *Baikalwelle* vom 22.12.2003, <www.baikalwave.eu.org>.

¹⁹ Irkutskaja oblast'. *Transneft* rassmatrivaet vtoroj variant strojtel'stva nefteprovoda Angarsk-Nachodka. <www.regnum.ru/news/79545.html>.

werde.²⁰ Anfang September 2003, noch vor der Verhaftung des damaligen *Jukos*-Mehrheitseigners Michail Chodorkovskij, aber schon nach der Verhaftung seines Kompagnons Platon Lebedev²¹, machte sich das ansonsten in diesen Dingen wenig zimperliche Ministerium für Naturressourcen (Ministerstvo prirodnych resursov, MPR) die Meinung der Kritiker des *Jukos*-Projektes zueigen. Der stellvertretende Minister Kirill Jankov erklärte in Irkutsk, daß der Pipelinebau nach Daqing nicht möglich sei, weil die Trasse zu nahe am Baikalsee entlang führen solle und damit im Falle einer Havarie eine ökologische Katastrophe nicht ausgeschlossen werden könne.²²

In den Jahren 2003 und 2004 spitzte sich die Auseinandersetzung zwischen den Gegnern der Trassenführung und den Planern der Pipeline weiter zu. Mit der Erklärung von Vizeminister Jankov wurde die von *Transneft*' projektierte Nordtrasse Priorität der Regierung. Unklar blieb allerdings ihr genauer Verlauf. Mitte 2004 erklärte *Transneft*', daß Ausgangspunkt Tajšet bleiben solle, als Endpunkt werde nun aber die Bucht Perevoznaja am Pazifik ins Auge gefaßt. Dieser neue Endpunkt wurde sofort von Ökologen kritisiert, weil sich dort gleich mehrere Naturparks befinden. Da der Hauptgrund für den Verzicht auf die Südroute deren unmittelbare Nähe zum Baikalsee war, führte die nun öffentlich vorgestellte Trassenführung in mehr als 150 Kilometer Entfernung an der Nordspitze des Sees vorbei.²³

Trotz dieser offiziellen Erklärungen blieben andere Routen in der Diskussion und wurden auch von Regierungsvertretern und Vertretern von *Transneft*' öffentlich genannt. Das erzeugte bei vielen Kritikern den Eindruck, daß wichtige Informationen der Öffentlichkeit weiter vorenthalten würden.²⁴ Zu dem Verdacht, hier würden an den gesetzlichen Beteiligungsbestimmungen vorbei Fakten geschaffen, trug auch der Beginn von Erkundungsarbeiten entlang des geplanten, aber noch nicht genehmigten nördlichen Trassenverlaufs bei. Und das, obwohl öffentliche Anhörungen vorwiegend negative Reaktionen der betroffenen Bevölkerung hervorgerufen haben und Anwohner gegen positive Entscheide geklagt hatten. Eine ganze Reihe ökologischer Organisationen klagte gegen die anhaltende Informationsblockade und forderte vor Gericht von *Transneft*' und dem MPR die Herausgabe der vollständigen Projektdokumentation.²⁵

Davon unbeeindruckt unterzeichnete Premierminister Michail Fradkov am 31. Dezember 2004 auf Anordnung von Präsident Putin die Verordnung Nr. 1737-r über die Projektierung und den Bau der Erdölpipeline „Vostočnaja Sibir'-Tichij Okean“

²⁰ Komanda ekologov – protiv nefteprovoda Angara-Primor'e: tekst obraščeniya ekologov k prezidentu, <www.regnum.ru/news/117535.html>.

²¹ Zum Fall *Jukos* siehe die Beiträge von Otto Luchterhandt, Angelika Nußberger und Dmitrij Marenkov, Lev Gudkov und Boris Dubin sowie Julia Kusznir in Heft 7/2005 von OSTEUROPA. Der Beitrag von Otto Luchterhandt: Rechtsnihilismus in Aktion ist in deutscher, englischer und russischer Sprache online zugänglich unter: <<http://osteuropa.dgo-online.org/176.0.html>>.

²² Minprirody zapreščает stroitel'stvo nefteprovoda Angars-Dacin, <www.regnum.ru/news/152430.html>.

²³ „Transneft“ predstavila administracii Irkutskoj oblasti proekt nefteprovoda Tajšet-Nachodka, <www.regnum.ru/news/239907.html>.

²⁴ Kalinina, Bitva sa Baikal [Fn. 10].

²⁵ Darunter *Greenpeace Rußland* und die *Ökologische Baikalwelle*, Obščestvennye slušanija po proektu nefteprovoda Angarsk-buchta Perevoznaja projudt povtorno? <www.regnum.ru/news/358038.html>, – Irkutskie ekologičeskie organizacii ne soglasny s rezul'tatami gosėkspertizy proekta nefteprovoda, <www.regnum.ru/news/381299.html>.

(VSTO) mit dem Verlauf Tajšet (Irkutsker Gebiet) – Skovorodino (Gebiet Amur) – Bucht Perevoznaja (Bezirk Primor'e). Die Pipeline sollte auf eine Leistungsfähigkeit von 80 Millionen Tonnen Erdöl pro Jahr ausgelegt werden.²⁶ Ende April 2005 veröffentlichte die Regierung einen Plan, der die einzelnen Etappen des Pipelinebaus zeitlich festlegte. Zuerst sollte das Teilstück Tajšet-Skovorodino mit einer Leistung von 30 Millionen Tonnen Erdöl pro Jahr gebaut werden. Gleichzeitig sollte in der Bucht Perevoznaja mit dem Bau eines Erdölterminals begonnen werden. Mit dieser neuen Planung rückte die Pipeline bis auf 800 Meter an das Nordufer des Baikalsees heran.

Erneut schlugen ökologische Gruppen Alarm. Sergej Šapčaeв, Vorsitzender der Gruppe *Burjatskoe regional'noe otdelenie po Bajkalu* (Burjatische Regionalabteilung für den Baikal) erklärt der Presse: „Ohne Zweifel werden Erkundungsarbeiten in der Nähe der Baikamur-Magistrale auf dem Gebiet des Baikaler Weltnaturerbes durchgeführt. Darüber hinaus kreuzt diese Trasse die Flüsse Tyja, Cholodnaja und Kičera, die direkt in den Baikalsee fließen.“²⁷

Am 15. Juni 2005 erklärte *Greenpeace*, die Arbeiten an der von *Transneft'* eigenmächtig geänderten Trasse am Nordende des Baikalsees seien gesetzwidrig, weil sie der staatlichen Umweltprüfung widersprächen. Zur gleichen Zeit forderte der stellvertretende Leiter der staatlichen *Föderalen Dienstes für die Aufsicht im Bereich der Naturnutzung* (Rosprirodnadzor), Oleg Mitvol', die Arbeiten an der Pipeline müßten unverzüglich eingestellt werden. Seine Behörde habe bei Überprüfungen vor Ort festgestellt, daß bei den Erkundungsarbeiten rechtswidrig Bäume gefällt worden seien. *Rosprirodnadzor* werde bei der Staatsanwaltschaft vorstellig werden, damit diese ein Strafverfahren eröffne.²⁸

Doch *Transneft'* ließ sich durch diese Anschuldigungen nicht aufhalten. Die Erkundungsarbeiten an der geänderten Trasse gingen weiter. Dabei konnte sich der Konzern offensichtlich auf hochrangige Unterstützung in der Regierung verlassen. Im Oktober 2005 beauftragte Premierminister Michail Fradkov mehrere Ministerien, die Arbeiten an der Pipeline schneller voranzutreiben als bisher. Die Federführung wurde Viktor Christenko übertragen, Vizepremierminister und Minister für Industrie- und Energiepolitik. Eine konsequente Wahl: Christenko ist gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender von *Transneft'*.

Die enge Verflechtung des rußländischen Staates mit wirtschaftlichen Interessen führt zwar dazu, daß häufig gesetzlich vorgeschriebene Verfahren bei Bauvorhaben nicht eingehalten werden. Öffentlicher Protest kann die Verwaltung aber durchaus immer wieder dazu zwingen, zumindest den Anschein **formaler Korrektheit** zu wahren. So wagten es Regierung und *Transneft'* zwar, ohne rechtlich wirksame Umweltprüfung die Erkundungsarbeiten durchzuführen, für den eigentlichen Baubeginn aber mußten die notwendigen Genehmigungen vorliegen. Am 26. Januar 2006 veröffentlichte die zur Umweltprüfung eingesetzte staatliche Expertenkommission ihr Gutachten. Darin

²⁶ Stenografičeskij otčet o soveščanii s členami Pravitel'stva, 30.5.2005., <www.kremlin.ru/text/appears/2005/05/88790.shtml>.

²⁷ Zitiert nach: *Èkologi obespokoeny radikal'nym izmenenijem maršruta nefteprovoda „Vostočnaja Sibir' – Tichioj okean“*. <www.regnum.ru/news/445873.html>.

²⁸ *Rosprirodnadzor protiv „Transnefti“: „My predotvratim èto stroitel'stvo!“*, <www.regnum.ru/news/471164.html>.

nannte die Kommission die veränderte Trassenführung von Tajšet nach Skovorodino „potentiell umweltgefährdend“, weil sie zu nah am nördlichen Ufer des Baikalsees entlangführe.²⁹ *Transneft'* wurde aufgefordert, die Planungen zu ändern und sie dann erneut zur Umweltprüfung vorzulegen. Nach Informationen von *Greenpeace* hatten sich 40 von 52 Kommissionsmitgliedern dieser Auffassung angeschlossen.³⁰ Allerdings befürchtete ein *Greenpeace*-Sprecher, daß die technische Überwachungsbehörde *Rostechnadzor*³¹ den Beschluß der Expertenkommission nicht anerkennen könnte. Erst mit der Bestätigung durch *Rostechnadzor* aber erlangt die Expertise Rechtskraft.

Die Befürchtungen der Ökologen erwiesen sich als begründet. Schon zwei Tage nach der Veröffentlichung des Kommissionsbeschlusses erklärte Kommissionsmitglied Gennadij Čegasov, daß die Bestätigung durch *Rostechnadzor* sich aus unerklärlichen Gründen verzögere. Čegasov äußerte darüber hinaus die Vermutung, *Rostechnadzor* könne den Kommissionsbeschluß mit formalen Vorwänden ablehnen, um dann der Kommission in veränderter Zusammensetzung den Auftrag zu geben, die Expertise „umzuschreiben“.³² Anfang April erklärte der Irkutsker Duma-Abgeordnete Sergej Kolesnikov, ihm sei bekannt geworden, daß eine neue Umweltkommission gebildet worden sei, der nun 35 zusätzliche Experten angehören würden, um nun eine Mehrheit für die Trassenführung direkt am Baikalufer entlang zu gewährleisten.³³

Schließlich unterzeichnete der Leiter von *Rostechnadzor*, Konstantin Pulikovskij, zwar den Kommissionsbeschluß, der die geänderte Trassenführung ablehnte. Am gleichen Tag verlängerte er jedoch die Amtszeit der Kommission um 30 Tage und ernannte 34 neue Mitglieder, von denen die meisten im Gegensatz zu den Alt-Mitgliedern nicht aus der Baikalseeregion und aus Sibirien stammten.³⁴ Die erneuerte Kommission lieferte auch prompt das vorgesehene Ergebnis. Am 1. März beschloß sie, daß die veränderte, direkt am Baikalufer entlang führende Trasse durchaus mit der Sorge um den Erhalt der Umwelt in Übereinstimmung sei. Zwei Tage danach unterzeichnete Pulikovskij auch diese Expertise, die damit Rechtskraft erlangte.³⁵

In der Region, insbesondere in Irkutsk löste diese Unverfrorenheit einen Schock aus. Noch am gleichen Tag organisierte die *Ökologische Baikalseewelle* gemeinsam mit der Irkutsker Regionalgruppe der Partei *Sojuz pravych sil* (Union der rechten Kräfte, SPS) und der *Ob''edenennyj graždanskij front* (Vereinigte Bürgerfront) eine Aktion unter

²⁹ Der vollständige Text der Expertise ist auf der Website der *Sozial-Ökologischen Union* zu finden: <http://seu.ru/projects/truba/documents/vs_to_exp.doc>.

³⁰ Gosudarstvennaja ekspertiza otvergla proekt nefteprovoda „Vostočnaja Sibir'-Tichij Okean“, <www.regnum.ru/news/578261.html>.

³¹ Federalnaja služba po ekologičeskomu, techničeskomu i atomnomu nadzoru.

³² Glava komissii Gosudarstvennoj ekologičeskoj ekspertizy_ Bajkal stoit togo davlenija, kotoroe sečas okazyvaetsja, <www.regnum.ru/news/579583.html>.

³³ Deputat Gosdumy: Položit'noe zaključenie na stroitel'stvo nefteprovoda „Vostočnaja Sibir'-Tichij Okean“ budet prodavlivat'sja, <www.regnum.ru/news/585453.html>.

³⁴ Gosudarstvennaja ekologičeskaja ekspertiza otvergla proekt stroitel'stva nefťjanogo terminala v Perevoznaj, <www.regnum.ru/news/585473.html>, – Byt' ili ne byt' nefťjanaj trube na Bajkale: komissija gosekspertizy prodolžit rabotu, <www.regnum.ru/news/585476.html>.

³⁵ Nefteprovod VSTO: Rostechnadzor razrešil, eksperty gotovy obraščat'sja v sud, – <www.regnum.ru/news/601370.html>.

der **Parole** „Trink zum letzten Mal sauberes Wasser!“.³⁶ Am 6. März erklärten in Irkutsk Mitglieder der Staatlichen Umweltkommission, die für den ersten, die *Transneft*'-Trassenführung ablehnenden Beschluß gestimmt hatten, sie würden den zweiten Kommissionsbescheid vor Gericht anfechten.³⁷ Unerwarteterweise erhielten Ökologen und Kommissionsmitglieder Unterstützung auch aus staatlichen Strukturen. Der Gouverneur des Irkutsker Gebiets, Aleksandr Tišanin, wandte sich gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Gesetzgebenden Versammlung des Gebiets an Präsident Putin. Auch der bevollmächtigte Vertreter des Präsidenten im Sibirischen Föderalen Verwaltungsbezirk (Sibirskij federal'nyj okrug), Anatolij Kvašnin, kritisierte die faktische Baugenehmigung in einem Brief an Putin scharf. Darin wies Kvašnin unter anderem darauf hin, daß die nun genehmigte Trassenführung durch das einzige Gebiet in Rußland führen werde, in dem regelmäßig Erdbeben der Stärke 10, 11 und 12 auf der Richterskala vorkämen, was „Katastrophen, bei denen riesige Mengen Erdöl ausfließen, wahrscheinlich macht.“³⁸ Kvašnin schilderte ausführlich die Konfliktsituation und bat Präsident Putin, sich einzumischen. Putin beauftragte daraufhin ausgerechnet den *Transneft*'-Aufsichtsratsvorsitzenden und Industrieminister Viktor Christenko, sich der Sache anzunehmen und mit den Konfliktparteien zu einer Lösung zu kommen. Christenko lud Vertreter von Kvašnin, der betroffenen Regionen, der sibirischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften und von *Transneft*' zu einem Gespräch in sein Ministerium ein. **Ein konstruktiver Dialog fand aber nach Auskunft von Teilnehmern jedoch nicht statt.**³⁹

Der Protest

Am 18. März 2006 fand eine erste große Demonstration in Irkutsk statt. **Mit mehr als 5000 Menschen war die Kundgebung die größte in Irkutsk seit der Perestrojka.** GEkommen war unter anderen der Gouverneur des Gebiets Aleksandr Tišanin, der allerdings betonte, als „Privatperson“ anwesend zu sein. **Die Menschen** protestierten **mit Parolen** wie „Der Baikal ist wertvoller als Erdöl!“, „Wir wollen Leben!“ und „Die Röhre kommt – Volk, **erhebe dich!**“ gegen den geplanten Pipelinebau. Der Vorsitzende der Gesetzgebenden Versammlung des Irkutsker Gebiets, Viktor Kruglov, der Mitglied des Parteirats der Pro-Putin-Partei *Edinaja Rossija* (Einiges Rußland) ist, hielt eine Rede gegen die **Pipeline**.⁴⁰ **Vertreter** aller in der Duma vertretenen Parteien nahmen an der Kundgebung teil. Regionalorganisationen vieler Parteien **baten** ihre Parteizentralen in Moskau, sie in ihrer Ablehnung der *Transneft*'-Pläne zu unterstützen.⁴¹

³⁶ Irkutskaja obščestvennost' protestuet protiv truboprovoda „Transnefti“. <www.regnum.ru/news/600305.html>.

³⁷ Igrы vokrug trubы – stavka: Bajkal. <<http://babr.ru/?pt=news&event=v1&IDE=28324>>.

³⁸ Brief Kvašnins an Präsident Putin, abrufbar unter: <<http://babr.ru/truba/tmp/kv1.doc>>.

³⁹ Kalinina, Bitva sa Bajkal [Fn. 10].

⁴⁰ Poka narod edin – on nepobedim. V podderžku Bajkala vystupili 5 tysjač irkutjan. <<http://babr.ru/?pt=news&event=v1&IDE=28571>>. – Ein Videomitschnitt der Demonstration ist unter <www.ar-video.xost.ru/Meeting_no_pipe.htm> zu finden.

⁴¹ Irkutskie politiki vyskazalis' protiv stroitel'stva nefteprovoda po beregu Bajkala,

Kleinere Protestaktionen fanden auch in anderen sibirischen und fernöstlichen Städten statt, etwa in Nachodka, Čita und Ulan-Udè. In einer Erklärung verurteilte eine große Koalition rußländischer NGOs, darunter die *Sozialökologische Union*, die Bewegung *Za prava človeka* (Für Menschenrechte) und *Memorial* den Bau der Pipeline als „das Bauvorhaben der vergangenen Jahre, das die Natur in Rußland am meisten gefährde“.⁴² Auch die Anfang 2006 auf Initiative von Präsident Putin gebildete „Gesellschaftskammer“ (Obščestvennaja palata), eine vom Präsidenten ernannte Versammlung mit dem gesetzlich formulierten Anspruch, „die Zivilgesellschaft“ zu vertreten, an der sich aber eine ganze Reihe renommierter NGOs aufgrund ihrer Staatsnöhe nicht beteiligen, sprach sich in einer Entschliebung vorsichtig gegen die geplante Trassenführung aus. Es müßten „alternative Varianten geprüft werden, die keine Gefahr für den Baikalsee darstellen.“⁴³

Trotz oder vielleicht gerade wegen dieses allgemeinen Protests erhöhten die Regierung und *Transneft'* den Druck auf regionale Politiker westlich und östlich des Baikalsees, um sie dazu zu bringen, ihren Widerstand gegen die geplante Trassenführung aufzugeben.⁴⁴ **Dies zeigte Wirkung.** Ende März erklärte Präsidentenvertreter Anatolij Kvašnin, der Bau der Pipeline werde in Kürze beginnen: „Auf welcher Trasse, werden die Fachleute entscheiden, wenn sie die Röhren verlegen.“⁴⁵ Die Staatsduma änderte zur gleichen Zeit das Gesetz, mit dem ein neuer Wasserkodex verabschiedet werden sollte. In der ursprünglichen Variante war der Baikalsee als „besonders schützenswertes Gewässer“ ausdrücklich genannt worden. In dem nun verabschiedeten Gesetz fehlt jeder Hinweis auf den See.⁴⁶ Immerhin richtete Präsident Putin in Moskau eine Arbeitsgruppe ein, die sich noch einmal mit den Ergebnissen des Umweltgutachtens beschäftigen soll.⁴⁷ Bei einem Treffen im Kreml versprach Putin dem Irkutsker Gouverneur Aleksandr Tišanin, daß die Präsidialadministration den Trassenverlauf der Pipeline noch einmal genau untersuchen werde. Man sei offen für jede alternative Möglichkeit, Erdöl aus Ostsibirien an den Pazifischen Ozean zu transportieren.⁴⁸

In Irkutsk schlossen sich NGOs, politische Parteien, wissenschaftliche Institute und Journalisten Ende März zu einer *Bajkalskoe dviženie* (Baikal-Bewegung) zusammen. Erklärtes Hauptziel dieses Zusammenschlusses ist die Verlegung der Trassenführung

<www.regnum.ru/news/611472.html>.

⁴² „Bajkal dorozhe nefiti!“ – zjavlenie politikov i obščestvennyh dejatelej,

<www.regnum.ru/news/612511.html>.

⁴³ Obščestvennaja palata RF obespokoen opasnost'ju nefteprovoda VSTO dlja Bajkala,

<www.regnum.ru/news/614113.html>.

⁴⁴ So zum Beispiel in Burjatien: Transneft' davit na Burjatiju,

<<http://babr.ru/index.php?pt=news&event=v1&IDE=28977>>.

⁴⁵ Anatolij Kvašnin: Stroitel'stvo nefteprovoda načnetsja v bližajšee vremja,

<<http://as.baikal.tv/news/new.html?newsid=2006032913>>.

⁴⁶ Deputaty isključili Bajkal iz Vodnogo kodeksa, in: Kommersant'', 13.4.2006

<www.kommersant.ru/doc.html?docId=666285>.

Text des Wasserkodex: <www.akdi.ru/gd/proekt/096149GD.SHTM>.

⁴⁷ Prezident iničiuroval sozdanie rabočej gruppy, kotoraja ešče raz rassmotrit rezul'taty ekspertizy po prokladke nefteprovoda VTŠO,

<www.i38.ru/index.php?IdAction=docs&Event=read&id=19012>.

⁴⁸ Putin poobeščal izučit' maršrut nefteprovoda ešče raz,

<www.irk.ru/news/2006/04/06/putin.html>.

aus dem Wassereinzugsgebiet des Baikalsees.⁴⁹ In den kommenden Wochen fanden in vielen Städten in Ostsibirien und im Fernen Osten aber auch in anderen rußländischen Regionen zahlreiche Demonstrationen, Kundgebungen und kleinere, in Rußland als „Flash-Mob“ bezeichnete Aktionen statt. Bei einer Aktion vor dem Hauptgebäude von *Transneft* in Moskau, das unter dem Motto „Dummköpfe brauchen den Baikale nicht!“ stand, wurden am 1. April 2006 20 Ökoaktivisten von Sondereinsatztruppen (OMON) festgenommen.⁵⁰ Die Demonstranten hatten die Aktion bei den zuständigen Innenbehörden angemeldet, jedoch keine Genehmigung erhalten. Dem Protest schlossen sich nun auch Prominente an, darunter der in Irkutsk lebende Schriftsteller Valentin Rasputin und der Dichter Evgenij Evtušenko.⁵¹

Zum „Tag der Erde“ am 22. April wurden in vielen Regionen und Städten Rußland neue Demonstrationen gegen den Pipelinebau vorbereitet. In Moskau versuchte die Stadtverwaltung, eine im Stadtzentrum angemeldete Demonstration zu verhindern. Auf den Hinweis der Ordnungsbehörden, eine Kundgebung **in der Nähe** des Kreml werde unter keinen Umständen zugelassen, ließen sich die Initiatoren darauf ein, den Ort der Demonstration auf die Sperlingsberge zu verlegen. Doch der Ablehnungsbescheid kam prompt: Der Hügel, auf dem das riesige Stalin-Gebäude der Moskauer Staatsuniversität steht, drohe, so die Begründung der zuständigen Präfektur, aufgrund des langanhaltenden Frühjahrregens unter dem Gewicht der Demonstranten in die sich darunter Richtung Kreml windende Moskva zu rutschen. Die Demonstration fand unter dem Motto „Vorsicht! Erdbeben!“ trotzdem mit rund 500 Teilnehmern statt. Am 22. und 23. April fanden Demonstrationen unter anderem in Rostov na Donu, Ekaterinburg, St. Petersburg, Tjumen' und Ulan-Ude statt. In Irkutsk versammelten sich am 22. April erneut über 5000 Gegner, um gegen die Pipeline zu protestieren. Die Pro-Präsidenten-Partei *Einiges Rußland*, welche die erste Großdemonstration noch unterstützt hatte, beteiligte sich nicht mehr. Zur Begründung erklärte sie, sie plane eine Protestaktion näher am Baikalsee.⁵² Insgesamt nahen an den Aktionen im ganzen Land nach Angaben der Veranstalter rund 100 000 Menschen teil.⁵³

Der Präsident

Den bekannten vorläufigen und effektvollen Schlußpunkt setzte Präsident Putin selbst. Bei einem Treffen mit sibirischen Gouverneuren in Tomsk am 26. April 2006 zitierte er den Präsidenten von *Transneft* Semon Vajņstok vor laufenden Kameras vor eine große Landkarte, die den von *Transneft* bevorzugten Trassenverlauf zeigte. Putin fragte Vajņstok, ob *Transneft* geprüft habe, daß etwas dagegen spräche, die Pipeline ein wenig weiter vom Baikalufer entfernt zu verlegen. Der sichtlich überraschte Vajņstok zögerte kurz, was sein Verhängnis war. Putin faßte nach: Wenn Vajņstok auf seine Frage keine Antwort parat habe, dann spreche wohl nichts dagegen. Mit einem orange Marker zeichnete der Präsident einen Bogen um die

⁴⁹ 30 marta 2006 goda v Irkutske sozdano obščestvennoe Bajkalskoe dviženie, <www.i38.ru/index.php?IdAction=docs&Event=read&id=19055>.

⁵⁰ <www.polit.ru/news/2006/04/02/save_bajkal.html>

⁵¹ V.V. Putinu ot Evgenija Evtušenko, <<http://babr.ru/index.php?pt=news&event=v1&IDE=29012>>.

⁵² Kalinina, Bitva za Bajkal [Fn. 10].

⁵³ Kalinina, Bitva za Bajkal [Fn. 10].

Nordspitze des Baikalsees und befahl Vajňstok, dafür zu sorgen, daß die Pipeline in ausreichender Entfernung vom Ufer verlaufen werde.

Über die Gründe für Putins Entscheidung und die Form ihrer Darbietung kann man nur – begründete – Vermutungen äußern. Sicher scheint, daß unterschiedliche politische, aber auch materielle Interessen in der Machtelite ausbalanciert werden mußten. Dafür spricht, daß eine Reihe von Akteuren, die in der Regel keine eigenständige politische Rolle spielen, in den Entscheidungsprozeß eingriffen, etwa der Präsidentenbevollmächtigte für Sibirien Anatolij Kvašnjin oder der stellvertretende Vorsitzende von *Rosprirodnadzor*, Oleg Mitvol'. Auch der Bau der Pipeline selbst war und ist in der Machtelite nicht unumstritten. Es ist unklar, ob die auf eine Leistung von 80 Millionen Tonnen **angelegte** Pipeline rentabel ausgelastet werden kann, solange der Export von Erdöl in andere Richtungen, vorwiegend also nach Europa, nicht verringert wird. Vermutlich hat Rußland den Höhepunkt seiner Erdölförderung schon erreicht oder wird ihn spätestens in ein paar Jahren erreichen.⁵⁴ Auf die schon bestehenden und die geplanten Pipelines müßte dann eine immer kleinere Fördermenge verteilt werden. Wenn diese Vermutung richtig ist, dann macht der Bau der Pipeline nur geostrategisch einen Sinn, indem Rußland damit versucht, seinen außenpolitischen Spielraum vor allem den bisherigen Hauptabnehmern in Europa und den USA gegenüber zu vergrößern. Diese Faktoren haben in der Diskussion darüber, ob überhaupt eine Pipeline gebaut wird und wohin, nach China oder an die Pazifikküste, eine wichtige Rolle gespielt haben. Für die hier behandelte Entscheidung Putins, die Pipeline zu verlegen, sind sie unerheblich.

Vor allem drei Gründe dürften für die Entscheidung, die Pipeline zu verlegen und diese Entscheidung als Akt öffentlicher Maßregelung zu inszenieren, eine wichtige Rolle gespielt haben. Zum einen war diese Entscheidung eine Geste vor dem G8-Gipfel, der im Juli in St. Petersburg unter dem Vorsitz von Präsident Putin stattfand. Das Nachgeben aufgrund von Bevölkerungsprotesten sollte wohl zeigen, daß es mit der zivilgesellschaftlichen Beteiligung und dem Zustand der Demokratie in Rußland nicht so schlecht steht, wie westliche Politiker im Vorfeld des Treffens kritisiert hatten. Zum zweiten scheint man im Kreml die gesellschaftliche und regionale Breite des Protestes unterschätzt zu haben. Auf seinem Höhepunkt ist mit dem Irkutsker Gebiet praktisch eine ganze Region gegen eine Entscheidung des Zentrums auf die Barrikaden gegangen. Selbst der erst jüngst von Putin zur Wahl vorgeschlagene – in der Praxis also von ihm „ernannte“ – Gouverneur und die von *Einiges Rußland* beherrschte Gesetzgebende Versammlung einschließlich der regionalen Parteiorganisation fanden sich zumindest kurzfristig in den Reihen der Protestierende wieder. So etwas **hatte es in der zweiten Präsidentschaft Putins noch nicht gegeben**. Zudem drohte der Protest aus der Region in andere Landesteile überzugreifen. Ganz offensichtlich wurde dabei in Moskau auch die große symbolische, teilweise ans Religiöse grenzende Bedeutung des Baikalsees und seiner Reinheit nicht nur in der Region, sondern in ganz Rußland unterschätzt.

Zum Dritten paßt Putins Entscheidung in Form und Inhalt sehr gut zum seinem Regierungsstil. Dabei ist dieser Stil nicht nur Form, sondern wohlbedachtes und gezielt eingesetztes Instrument seiner Machterhaltungsstrategie. Er zielt auf die

⁵⁴ Siehe dazu Roland Götz: Licht und Schatten. Die Energiepartnerschaft zwischen Rußland und der EU, in: OSTEUROPA 9–10/2003, S. 1525–1539.

historische Spaltung der rußländischen Gesellschaft in die staatliche Verwaltung und das Volk, dessen letzte Hoffnung der „gute Zar“ bleibt. Es ist eine regelmäßige Übung, daß Putin in seinem Amtszimmer im Kreml fernsehöffentlich hohe Staatsfunktionäre oder Wirtschaftsführer empfängt, um sie wie Schüler abzufragen und anschließend wohlwollend zu loben oder grollend abzukanzeln. Diese Inszenierungen dienen dazu, daß Putin für schlechtes und fehlerhaftes Staatshandeln trotz oder gerade wegen seiner enormen Entscheidungsmacht in der öffentlichen Meinung nicht oder nur zu einem geringen Teil verantwortlich gemacht wird. In einem System, in dem die Machtelite einen wesentlichen Teil ihrer Legitimation nicht aus der Zustimmung zu ihrem politischen Handeln, sondern aus der Zustimmung zur Person ihres obersten Repräsentanten bezieht, ist es geradezu überlebensnotwendig, daß diese Person nicht vom Alltagsdreck beschmutzt wird. Putin gelang dies trotz zahlreicher schwerer Krisen, angefangen vom **Krisenmanagement nach dem** Untergang des Atom-U-Boots Kursk im Sommer 2001⁵⁵ bis zur Geiselnkatastrophe in Beslan Anfang September 2004, **so zynisch es klingt**, ganz ausgezeichnet. **So speist**

die Autorität Putins als Präsident sich also nicht so sehr aus staatsmännischen Leistungen, sondern [ist] vielmehr das Resultat von medienwirksamer Prestigeakkumulation in politikfremden Bereichen.⁵⁶

Dazu zählten unter anderem Putins sorgfältige Selbstpräsentation als Judokämpfer und die diffuse patriotische Grundstimmung, von der er profitiert. **Die wichtigste Legitimitätsquelle ist allerdings** die Selbstinszenierung als „guter Zar“, der das Land ja in Ordnung bringen würde, wenn Bojaren und Beamte es denn zuließen, **der aber doch zumindest** deren eigensüchtiges und selbstmächtiges Handeln zum Wohle der Menschen im Land korrigiert.

Zwar hat Putin die Baikalpipeline mit seinem orange Marker auf der Karte mit großer Geste vom Baikalufer entfernt. Das heißt aber noch lange nicht, daß die Leitung nicht doch nahe am Ufer vorbei gebaut werden wird. Bereits zwei Tage nach Putins Entscheidung wurde in Tajšet feierlich der erste Spatenstich gemacht. Die Pipeline wird, so hat es der Präsident öffentlich festgelegt, von zwei Seiten gebaut. **Dies schafft Zeit**, in der die Ingenieure überlegen sollen, wie das Teilstück in der Nähe des Bajkalsee verlaufen kann. Eine Entscheidung über die genaue Trassenführung gibt es bis heute nicht. In der Presse tauchen unterschiedliche Varianten auf, von 120 bis zu 450 Kilometer Entfernung vom Ufer.⁵⁷ Eine – **gesetzlich eigentlich** vorgeschriebene – Umweltverträglichkeitsprüfung fehlt. Streng juristisch gesehen ist somit auch der von Putin bestimmte Baubeginn von beiden Enden her illegal. Aber wer wird **es denn schon so streng nehmen**, wenn ein Präsident salomonisch entschieden hat?

⁵⁵ Siehe dazu Zoltan Barany: Die Tragödie der Kursk. Krisenmanagement in Putins Rußland, in: OSTEUROPA 8/2003, S. 1117–1136.

⁵⁶ Ulrich Schmid: Naši – Die Putin-Jugend, in: OSTEUROPA, 5/2006, S. 5–18, hier S. 9.

⁵⁷ Kalinina, Bitva za Bajkal [Fn. 10].